



Broschüre zur Veranstaltung

***„Der 17.Juni 1953 als Teil der Erinnerungskultur
unserer Gesellschaft“***

Grußwort des Vereins „Aufarbeitung der Geschichte der DDR“ e.V.

Tobias Pohl, Präsident und erster Vorsitzender des Vereins

Der 17. Juni 1953 und dessen Bedeutung für die Bevölkerung der alten Bundesländer – Oder: Warum gedenkt man in Würzburg eines Ereignisses, das mit den alten Bundesländern erst einmal nichts zu tun hat?

Eine Bestandsaufnahme

In diesem Jahr gedenkt man zum sechzigsten Mal des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 in der DDR. Je weiter dieses Datum zurückliegt, je mehr verschwinden dessen klare Konturen, vermischen sich Legende, Mythos und Märchen mit den harten Fakten der historischen Realität. Und je mehr die wiedervereinigte Bundesrepublik zusammenwächst, desto mehr gewinnt man den Eindruck, dass dieses Datum weichen müsse – einer „zurecht gerückten Fiktion“, die das tragisch Trennende zu überwinden hat und das neue Gemeinsame zu betonen sich verpflichtet fühlt. Zu jenem tragisch Trennenden gehört auch jener 17. Juni 1953, welcher der deutschen Bevölkerung wie auch der Welt gezeigt hat – sehr schmerzlich gezeigt hat, dass weder die Konstellation der Weltpolitik noch das Vermögen der deutschen Bevölkerung es geschafft haben, ein geteiltes Land wieder zu vereinen.

Betrachtet man das Ereignis in der Teilungsgeschichte der beiden deutschen Staaten genauer, dann erkennt man die

doppelte Tragik um den Volksaufstand. Einerseits ist es der Bevölkerung der DDR nicht gelungen, das diktatorische Joch der Sowjetherrschaft abzuschütteln, obschon man es in vielen Städte und Gemeinden geschafft hat, die SED-Diktatur für wenige Momente, teilweise gar Tage zu überwinden. Andererseits ist es der Administration der BRD ebenso wenig gelungen, die Möglichkeiten der in diesen Junitagen geschehenden Vorgänge zu verstehen und gleichsam sinnvoll und richtig in ihre Politik aufzunehmen; hierzu ist man in Bonn am Umstand der Konstellation gescheitert, ähnlich wie in der DDR. Beiden Teilen ist in diesen Tagen tragisch vor Augen geführt worden, dass man das eigene Schicksal nicht in der Hand hat, dass man von fremden Mächten, fremden Entscheidungen und unliebsamen strategischen Bedingungen abhängig gewesen ist; so blieb einem auf beiden Seiten nichts anderes übrig als zu warten auf den entscheidenden Moment, welcher die Entscheidungen der fremden Mächte in einer sagenhaften Schicksalsstunde zu den Entscheidungen einer geteilten deutschen Bevölkerung werden lässt. Dass man auf diesen Umstand noch 35 Jahre hat warten müssen, hat man zum damaligen Zeitpunkt nicht absehen können.

Insofern erscheint es urplötzlich recht klar, dass für das Gedenken an den Volksaufstand in diesem geeinten Deutschland kein Platz mehr zu sein

scheint. Warum auch? Man erinnert an den glücklichen Umstand der Wiedervereinigung 1989/90, man erinnert an die geglückte Revolution, derjenige Volksaufstand, der gelungen ist, der sich gegen alle Widrigkeiten und strategischen Gegebenheiten gewehrt hat und der Weltpolitik für einen Augenblick das eigene Fatum diktiert zu haben scheint. Und man feiert in diesem Zusammenhang ein wiedervereinigtes Deutschland, das Trennung und Teilung, ja!, geteiltes Leiden, zu dem auch der Volksaufstand gehört, überwunden hat.

Weshalb soll man dann eines Datums gedenken, das sich nicht auf das Gelingen sondern auf das Scheitern konzentriert? Und weshalb soll man in den alten Bundesländern genau dieses Datums gedenken? Der Bundestagspräsident Prof. Dr. Nobert Lammert hat – in Aufnahme der Worte des tschechischen Schriftstellers Havel, gesagt, dass Hoffnung nicht die Überzeugung sei, dass etwas gut ausgehe, sondern die Gewissheit, dass etwas Sinn habe, egal wie es ausgehe. Gemeint ist damit eine Aufforderung an alle, dasjenige zu tun, woran man glaubt – unabhängig vom Ausgang dessen, was man zu tun gedenkt. Gerade das ist der Kern einer jeden demokratischen Bewegung, welche sich gegen Unrecht und Unterdrückung richtet, der Kern jeder Zivilcourage und der Kern der Menschlichkeit an sich: zu wissen, dass man sterben kann bei dem Versuch, eine bessere Ordnung durchzusetzen, gleichzeitig aber sich verpflichtet fühlt, es trotzdem oder gerade deswegen zu tun.

Allein dadurch muss die gesamte Bevölkerung der BRD dieses Datums gedenken, wie sie anderer Daten, welche man hier einreihen kann, zu gedenken hat: die gescheiterte bürgerliche Revolution von 1848/49, die vorerst geglückte Novemberrevolution 1918 und die Wiedervereinigung 1989/90. Sie alle – auch der Volksaufstand des 17. Juni 1953 – stehen signifikant dafür, dass es Menschen gegeben hat, die trotz aller Widrigkeiten allein um des Glaubens an eine gute demokratische Gesellschaftsordnung sich jenes ungewissen Umstandes hingegen haben, zu wissen, dass man etwas vollbringen muss, um die Unterdrückung abzuwerfen, gleichsam aber nicht zu wissen, ob dasjenige, was man zu vollbringen hat, auch gelingen wird.

Der 17. Juni 1953 zeichnet sich aber in diesem Zusammenhang durch zwei Besonderheiten aus, die man einerseits nicht vergessen darf und die man andererseits erst recht in den alten Bundesländern immer wieder wachrufen muss.

Zum einen erzählt jenes Datum, dass es Menschen gegeben hat, die – unwissend jedweden Ausgangs der Ereignisse in den damaligen Junitagen 1953 – dennoch auf die Straße gegangen sind und für Grundwerte einer demokratischen Ordnung gerungen, gleichwohl um die deutsche Einheit demonstriert haben. Und es schockiert in dieser Erzählung die Nachwelt, dass diese Menschen gescheitert sind am Umstand der damaligen Konstellation, an den Rohren sowjetischer Panzer. Zum andern aber ergreift das Datum in all seiner Tragik von der

deutschen Bevölkerung Besitz, denn es macht umso mehr deutlich, dass die anderen Deutschen, diejenigen, die in der BRD gelebt haben, zu Statisten, Zuschauern, ohnmächtigen Passanten der Geschichte degradiert worden sind, da es ihnen nicht möglich gewesen ist, in diese schicksalhafte Stunde der deutschen Geschichte aktiv eingreifen zu können.

Insofern ist es auch und gerade für die Bevölkerung der alten Bundesländer Pflicht, jenes Ereignisses zu gedenken, denn jenes Ereignis ist keine alleinige Erzählung der Bevölkerung der neuen Bundesländer. Vielmehr ist das Gedenken der Opfer des Volksaufstandes auch das Gedenken der erzwungenen Passivität der westdeutschen Bevölkerung –

ein Gedenken an den Umstand, dass man nicht hat mitleiden können mit denen, die in jenen Junitagen haben leiden müssen. Auch deshalb ist dieser Tag lange Zeit in der BRD ein Gedenk- und Feiertag gewesen; er sollte es wieder werden, um der deutschen Bevölkerung vor Augen zu führen, welche Tragik der Ost-West-Konflikt insgesamt und insbesondere für die Bevölkerung der DDR **und** der BRD gehabt hat.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und uns allen eine informative Veranstaltung an diesen Tagen im Oktober 2013.

Ob Privatpersonen oder Kleinfirmen – das Kopie Team erstellt seit 15 Jahren hochwertige Drucke, Bindearbeiten und Kopien. Auch kreative und ausgefallene Druckwünsche fast aller Art sind für das Kopie Team kein Problem. Deren Kunden schätzen die Qualität ihrer Arbeit, die zuverlässige und zügige Bearbeitung sowie eine qualifizierte Beratung rund um das Thema Druck und Vervielfältigung.

Kopie Team Würzburg
Kroatengasse 10
97070 Würzburg-Altstadt

Grußwort der Regierung von Unterfranken

Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel

Historische Rückblicke haben Konjunktur. Nicht nur zum Jahresende und nicht nur auf den Fernsehschirmen sind Jubiläen und Jahrestage offensichtlich herausragende Programmpunkte. Aber was nutzen uns diese regelmäßigen Erinnerungstouren? Was können wir aus der Geschichte lernen? Doch zumindest dies, dass die Gegenwart immer auch das Produkt der Vergangenheit ist. Man kann die Gegenwart nur verstehen, wenn man die Vergangenheit kennt. Diese Einsicht liegt auf der Hand.

Gut ist es dann, wenn diese Rückblicke hervorragend aufbereitet werden, wie etwa die Veranstaltung „Der 17. Juni 1953 als Teil der Erinnerungskultur unserer Gesellschaft“. Diese Veranstaltung gibt uns die Möglichkeit, die politisch-historischen Prozesse von vor sechzig Jahren im geteilten Deutschland besser zu begreifen. Denn der so genannte Volksaufstand in der damaligen DDR berührte auch uns im Westen. Was damals im östlichen Teil des Landes geschah, blieb nicht ohne weitreichende Folgen für die Bundesrepublik Deutschland. Die mutigen und engagierten Bürger, die sich vor sechzig Jahren den sowjetischen Panzern entgegenstellten, haben auch ein Fundament mit geschaffen für unsere heutige freiheitliche, demokratische Grundordnung.

Die politischen Verhältnisse des Jahres 2013 sind völlig anders, als sie es 1953 waren. Gott sei Dank! muss man wohl

laut und deutlich dazusagen. Wir genießen heute in ganz Deutschland jene Freiheit, jene Demokratie, jene Rechtsstaatlichkeit, von der die Menschen damals in Ost-Berlin und all den anderen Städten jenseits des Eisernen Vorhangs nur träumen konnten.

Die Geschichte wiederholt sich nicht, aber wir können aus ihr lernen: Freiheit und Demokratie sind nichts Selbstverständliches. Freiheit und Demokratie müssen stets aufs Neue verteidigt und erkämpft werden. Freiheit und Demokratie fordern jeden Einzelnen von uns. Geschichte wiederholt sich nicht, aber durch einen Vergleich der Vergangenheit mit der Gegenwart kann man etwas aus der Geschichte lernen. Wir sehen: Der Einzelne wird immer hineingeboren in konkrete historische Verhältnisse. Der Maßstab des Menschen aber ist seine beschränkte Lebenszeit. In ihr muss er alles unterbringen, in seiner Lebenszeit muss er sich bewähren und sein Leben meistern.

Wenn man so an die Geschichte herangeht, wie die Organisatoren der Veranstaltung „Der 17. Juni 1953 als Teil der Erinnerungskultur unserer Gesellschaft“, wird sie lebendig – über die Zeiten und die Verhältnisse hinweg. Dann verbindet sie die Generationen. Dann zeigt sich der lange Nachhall der Geschichte.

Ich danke dem „Verein Aufarbeitung der Geschichte der DDR“ in Würzburg für

dieses Engagement und wünsche allen Teilnehmern dieser Veranstaltung spannende und erkenntnisreiche Stunden und eine kurzweilige Reise in die Vergangenheit der jüngeren deutschen Geschichte und wieder zurück in die Gegenwart.

Grußwort der Akademie Frankenwarte e.V.

Stephanie Böhm, Dozentin an der Akademie Frankenwarte e.V.

Die Auseinandersetzung mit Zeitgeschichte und Angebote im Bereich der Erinnerungsarbeit sind wichtige Bestandteile der politischen Bildungsarbeit der Akademie Frankenwarte.

Geschichte wird mit gegenwärtigen Interessen geschrieben. So entstehen Orte und Inszenierungen, Denkmäler und Gedenktage, die Bedeutungen von historischen Ereignissen unterstreichen und mit einer aktiven Erinnerungsarbeit im Hier und Heute verbinden.

Insbesondere die Zeit des Nationalsozialismus, die deutsche Teilung, die friedliche Revolution und die deutsche Einheit sind Themenfelder, die in unseren Bildungsformaten kontinuierlich mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen und Jugendlichen aus allen Teilen Deutschlands bearbeitet werden.

Dabei kooperiert die Akademie Frankenwarte mit unterschiedlichen Partnern wie dem Arbeitskreis Stolpersteine in Würzburg, der Kreisau-Initiative e.V. oder dem Verein gegen Vergessen – für Demokratie. Die Beteiligung an der Veranstaltung „Der 17. Juni 1953 als Teil der Erinnerungskultur unserer Gesellschaft“, initiiert vom Verein Aufarbeitung der Geschichte der DDR, steht in dieser Traditionslinie.

Wir wünschen dem Symposium einen guten Verlauf und allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern neue Erkenntnisse und anregende Diskussionen.

Der 17. Juni 1953

Bemerkungen zu Vorgeschichte, Verlauf und Bedeutung

Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges hat der 17. Juni 1953 eine komplexe Vorgeschichte. Wichtig ist, in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass der 17. Juni 1953 kein plötzliches und/oder singuläres Ereignis war: Die Deutschen hatten nach dem Ende der Naziherrschaft 1945 die Auswirkungen der jeweiligen alliierten Besatzungszonen erfahren. Hier die drei Westzonen – dort die Ostzone. Mit diesen Erfahrungen verbunden waren einschneidende Erlebnisse wie u. a. die West-Berlin-Blockade 1948/49 in Reaktion auf die Währungsunion in den Westzonen und die folgende Gründung beider deutscher Staaten im Jahr 1949. Während Adenauer seit Gründung der Bundesrepublik 1949 den Ausgleich mit Frankreich (Montanunion 1951) und eine generelle Westanbindung anstrebte, verfolgte die SED noch nach Gründung der DDR ihre Propagandakampagne „Deutsche an einen Tisch“.

Erfolgreiche Wiedervereinigungskampagne der SED-Führung

Ziel dieser Kampagne war die „deutsche Wiedervereinigung“ zu ihren Bedingungen oder zumindest die Anerkennung der DDR als eigenständigen Staat neben der Bundesrepublik. Ein Höhepunkt dieser Kampagne war eine Rede des DDR-Ministerpräsidenten Otto Grotewohl am

31. Januar 1951 in der Volkskammer unter Teilnahme eines bedeutenden Veteranenkreises ehemaliger HJ-Führer aus Hamburg. Die DDR-Regierung scheute sich nicht, unter dem Vorwand des Ziels der „Wiedervereinigung“ auch ehemalige Nazis, die keine Kommunisten waren und werden wollten, in die Propaganda einzubeziehen und zu instrumentalisieren. Auf DDR-Seite initiierten und organisierten Erich Honecker (damals Chef der FDJ) und Margot Feist, die spätere Ehefrau Honeckers, diese verwegene Aktion. Als Vermittler betätigte sich der in West-Berlin sitzende Bischof von Berlin und Ratsvorsitzende der EKD nach 1945, Otto Dibelius, der als Anhänger der Adenauerpolitik bekannt und schon vor 1933 deutschnationaler und bekennender Antisemit war, der Hitlers „Machtergreifung“ feierte und einer der Hauptakteure des „Stuttgarter Bekenntnisses“ war. Adenauer ging letztlich zu keinem Zeitpunkt auf die Offerten aus Ost-Berlin ein.

Dem folgten 1951 die Weltfestspiele der Jugend in Ost-Berlin und die „Bitte“ der DDR-Regierung an die Führung der Sowjetunion, mit den Westmächten über einen gemeinsamen Friedensvertrag zu verhandeln, welcher der DDR internationale staatliche Anerkennung verschaffen und damit die Forderungen der Westmächte nach demokratischen Wahlen in der DDR aushebeln sollte. Sieben Monate später im März 1952 bot Stalin den Westmächten die Aufnahme von Verhandlungen über die „Wiedervereinigung und Neutralisierung“ Deutschlands an (Stalin-Note). Auch dies scheiterte, wie bekannt ist.

Volksaufstand als Folge vielfältiger Umbrüche

Besonders die Ostdeutschen spürten aber, dass sie erneut Spielball „höherer Mächte“ wurden, denen augenscheinlich nicht wirklich am „Wohl des Volkes“ lag, denen sie offenbar willkürlich ausgeliefert waren. Auch die Versorgungslage in der DDR war nach wie vor in weiten Teilen des Landes katastrophal (Abschaffung der Lebensmittelkarten in der DDR erst 1958, in der Bundesrepublik 1950), eine Folge der Reparationsleistungen der DDR an die Sowjetunion. Den Marshall-Plan der USA von 1948, der auch für Osteuropa gelten sollte, hatte die Sowjetunion abgelehnt und verhindert (Polen und die Tschechoslowakei wollten die Hilfe annehmen; in beiden Ländern folgten der kommunistische Umsturz und die Ausschaltung demokratischer Kräfte). International verschärfte sich das politische Klima im Kalten Krieg durch den Korea-Konflikt 1950, was sich unmittelbar auf die gezogenen Grenzen zwischen den beiden Blöcken in Europa auswirkte. Ab 1952 wurde die innerdeutsche Grenze abgeriegelt, und die Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze folgten. Auf dem Lande setzte die SED in einer ersten Welle die Zwangskollektivierung durch, und eine Enteignungswelle von Klein- und Großunternehmern durchfuhr das Land. Die Wirtschaftsleistung sank angesichts der enorm angestiegenen Militärausgaben. Aufrüstungs- und Kriegsfolgekosten für die DDR beliefen sich 1952 auf 22 % und 1953 auf über 18 % des gesamten Staatshaushalts. Aber auch die Auflösung der alten Länder-

Verwaltungsgrenzen 1952 und die Schaffung von 14 DDR-Bezirken trugen zur Unzufriedenheit in der Bevölkerung und zur weiteren Ausschaltung demokratischer politischer Kräfte bei. 1953 sorgte die SED zudem für die Verfolgung zumeist junger Menschen, die Christen waren (dazu: Ellen Überschär: Junge Gemeinde im Konflikt. Evangelische Jugendarbeit in SBZ und DDR 1945-1961, Stuttgart 2003). Mit dem Tod von Stalin am 5. März 1953 entstand für kurze Zeit ein relatives Machtvakuum in der sowjetischen Führung. Die Regierung der DDR schien nun auf sich allein gestellt. Kurzum, es war sehr viel in Bewegung und der 17. Juni eine Folge der vielfältigen politischen, sozialen und kulturellen Umbrüche und Entwicklungen seit 1945 in der SBZ/DDR und in der Bundesrepublik.

Doch was genau war nun der 17. Juni 1953 und was geschah? Welche Forderungen wurden erhoben? War der 17. Juni

- einfach nur eine Reaktion auf die bisherigen Erfahrungen mit dem SED-Regime?
- erster antistalinistischer Aufstand?
- Arbeiteraufstand?
- Volksaufstand?
- oder ein „konterrevolutionärer Putschversuch“ bzw. „faschistischer Putsch“, wie die SED-Propaganda glauben machen wollte?

Aufstand gegen politische Herrschaft der SED

Bei genauer Betrachtung war der 17. Juni 1953 alles andere als ein konterrevolutionärer bzw. faschistischer Putsch. Der Aufstand war ein Arbeiter- und Volksaufstand und der erste antistalinistische Aufstand im damaligen Ostblock überhaupt. Ihm folgten der Posener Aufstand in Polen 1956, der ungarische Volksaufstand 1956, der Prager Frühling 1968, 1970 der Arbeiteraufstand in Danzig, Gdingen und Stettin und die August-Streiks der polnischen Werftarbeiter 1980 sowie die Gründung der ersten freien Gewerkschaft im Ostblock, der Gewerkschaft Solidarność in Polen. Ausgelöst hatten den Aufstand am 16. Juni streikende Arbeiter in Ost-Berlin, so in Hennigsdorf, in der Stalinallee und auf der Baustelle des Krankenhauses Berlin-Friedrichshain. Aus der ursprünglichen Forderung zur Rücknahme erneut erhöhter Arbeitsnormen wurden sehr schnell politische Forderungen, die das Ende des SED-Regimes bedeuteten:

- Zurücknahme der Normenregelung und Verbesserung des Lebensstandards
- Herstellung demokratischer Verhältnisse in den Betrieben
- Verzicht auf Repressalien gegen Streikende
- Freilassung sämtlicher politischer Gefangenen
- Verzicht auf Wiederbewaffnung und Auflösung der erst 1952 gegründeten Kasernierten Volkspolizei
- Rücktritt der Regierung Ulbricht
- freie, geheime und direkte Wahlen und freie politische Betätigungsmög-

lichkeiten in allen gesellschaftlichen Bereichen

- sofortige Abschaffung der Zonen-
grenze und Wiederherstellung der
Einheit Deutschlands

Der Arbeiter- bzw. Volksaufstand richtete sich also in seinen Ursprüngen gegen ökonomische und soziale Missstände, dann aber gegen die politische Herrschaft der SED selbst, die durch die Forderung nach Rücktritt der Regierung und freien Wahlen prinzipiell in Frage gestellt wurde. Schließlich stellte die Forderung nach freier Selbstbestimmung und Wiederherstellung der nationalen Einheit das sowjetische Hegemonialsystem grundsätzlich in Frage. Die Verbreitung der Ereignisse verlief auf vielfältige Art, u. a. auch über den Rundfunksender RIAS-Berlin, und erfasste die ganze DDR. Am 17. Juni kam es dann zum Sturm in über 500 Orten in der DDR. Einige Veröffentlichungen sprechen von 700 Orten. Die genaue Anzahl ist aber nicht entscheidend vor dem Hintergrund, dass die ganze DDR von den Ereignissen erfasst wurde. Die Aufständischen besetzten elf Kreisratsgebäude, 14 Bürgermeistereien, sieben Kreis- und eine Bezirksleitung der SED. Weiterhin wurden neun Gefängnisse und zwei Dienstgebäude des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) sowie acht Polizeireviere, vier Volkspolizeikreisämter (VPKA) und eine Dienststelle der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei (BDVP) erstürmt. Mehr als doppelt so viele Einrichtungen wurden bedrängt, deren Besetzung jedoch nicht gelang.

In Reaktion auch auf die Heftigkeit des Aufstandes fuhren sowjetische Panzer auf und schlugen den DDR-weiten Aufstand nieder. Es gab zahlreiche Tote und Verletzte. Das Kriegsrecht wurde ausgerufen; ein interner sowjetischer Befehl lautete, mindestens acht mutmaßliche „Rädelsführer“ standrechtlich zu verurteilen (die Angaben über standrechtliche Opfer schwanken). Mit Verhängung des Ausnahmezustandes brach der Aufstand schnell zusammen trotz einiger weniger nachfolgender Proteste in Industriebetrieben, wo Arbeiter als Rädelsführer festgenommen und verurteilt wurden. Mit Unruhen in der DDR hatte die sowjetische Regierung gerechnet; die Aufgabe der DDR oder des politischen Systems kam aber nicht in Frage (Gesetz über den „Neuen Kurs“ vom 11. Juni 1953 – Rücknahme der meisten politischen Forderungen der SED zum „planmäßigen Aufbau des Sozialismus“. Einzig die Normerhöhungen blieben). Viele auch am Rande Beteiligte flüchteten in die Bundesrepublik.

Festhalten der Westmächte am Status quo

Und was machten die Westmächte? Die West-Alliierten griffen nicht ein, wie mancher gehofft hatte. Der Status quo hatte Bestand. Die durch den 17. Juni 1953 weiter anwachsenden Fluchtwellen aus der DDR in den Westen bis zum Mauerbau 1961 waren allerdings zugleich willkommenes Propagandainstrument gegen das SED-Regime. Durch Gesetz vom 4. August 1953 erklärte der Bundestag den 17. Juni zum „Tag der deutschen Einheit“ und gesetzlichen

Feiertag. Dennoch behielt dieser Tag in der Bundesrepublik eher symbolischen Wert. Etliche Menschen sprachen und sprechen bis heute von einem Feiertag, der keiner war und ist, weil seine Bedeutung für die historische und politische Entwicklung Deutschlands und Europas weder erkannt noch ausreichend gewürdigt wurde und wird.

Seit dem 50. Jahrestag 2003 wird die Bedeutung des 17. Juni 1953 neu definiert, vor allem durch Historiker. Trotzdem spielt er in der Gedenkpolitik nur eine untergeordnete Rolle, weil Ereignisse wie die Friedliche Revolution 1989 und die deutsche Wiedervereinigung 1990 dieses historische Ereignis bei weitem überstrahlen. Das ist auch nicht verkehrt. Doch gerade deshalb sollte der 17. Juni 1953 nicht nur als singuläres historisches Ereignis wahrgenommen und gewürdigt werden, sondern vor allem in den historischen Kontext gestellt und eingeordnet werden, der die Entwicklung hin zum Scheitern des kommunistischen Systems insgesamt aufzeigt.

Dr. Henning Pietzsch

Historiker, Geisa/Berlin

Der Beitrag basiert auf einer Rede des Autors anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Wir wollen freie Menschen sein! Der DDR-Volksaufstand vom 17. Juni 1953“ der Bundesstiftung Aufarbeitung am 15. Mai 2013 in der Gedenkstätte Point Alpha, Geisa, und ist erstmals in Ausgabe 2/2013 der Zeitschrift „Gerbergasse 18“ erschienen.

14.06.2013 - Rede zur Gedenkveranstaltung 60. Jahrestag des Aufstandes vom 17. Juni 1953 im Deutschen Bundestag

Prof. Dr. Norbert Lammert, Präsident des deutschen Bundestages

Guten Morgen, meine Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Bundespräsident!

Frau Bundeskanzlerin!

Herr Vizepräsident des Bundesrates!

Herr Präsident des Bundesverfassungsgerichts!

Exzellenzen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Verehrte Gäste!

Es ging um nichts weniger als um die Freiheit, damals vor 60 Jahren in der DDR. "Kollegen, reiht euch ein, wir wollen freie Menschen sein!", dieser Ruf der Bauarbeiter von der Stalinallee in Ostberlin ist der Kern der Botschaft des Aufstandes, der unter der schlichten Bezeichnung "17. Juni" in die Geschichte einging. Die historischen Fotoaufnahmen, die zu Beginn der Protestaktionen gemacht wurden, zeigen fröhliche Gesichter voller Hoffnung, fast Unbeschwertheit. Sie erinnern an ein Zitat von Vaclav Havel: Hoffnung ist nicht die Überzeugung, dass etwas gut ausgeht, sondern die Gewissheit, dass etwas Sinn hat, egal wie es ausgeht.

Damals ist es nicht gut ausgegangen. Der 17. Juni 1953 ist blutig verlaufen. Die Machthaber des Arbeiter- und Bau-

ernstaates, die keine in freien Wahlen erworbene Legitimation besaßen, wollten nicht hören, was die Menschen ihnen zu sagen hatten. Sie haben die Stimme der Freiheit mit sowjetischen Panzern und Gewalt zum Schweigen gebracht.

Heute gedenken wir der mutigen Frauen und Männer, die damals der Staatsgewalt zum Opfer fielen, die ihr Leben ließen oder nach der Zerschlagung des Aufstandes verhaftet und zu langen Gefängnis- oder Zuchthausstrafen verurteilt, die verleumdet, kriminalisiert oder sozial benachteiligt wurden. Wir denken heute auch an jene, die keinen anderen Ausweg sahen, als ihre Heimat, ihre Familien, ihre Freunde zu verlassen und in den Westen zu fliehen. Bis zum Bau der Mauer 1961 stimmten so rund 2,7 Millionen Menschen mit den Füßen ab. Man nannte es "Republikflucht", und das war in einer angeblich demokratischen Republik ein Straftatbestand.

Dieser 17. Juni gehört zweifellos zu den Schlüsseldaten der jüngeren deutschen Geschichte, auch wenn er in seiner vollen gesamtdeutschen und europäischen Bedeutung noch immer nicht angemessen wahrgenommen wird. Er war der Beginn einer Reihe von Aufständen, in Budapest, Prag, Warschau, deren gewaltsame Niederschlagung Grundlage eines historischen Triumphes wurde. Die Ostdeutschen haben mit ihrem Mut ein stolzes Kapitel in der nicht allzu reichen Geschichte der Aufstands- und Freiheitsbewegungen unseres Volkes geschrieben. Die Geschichte des 17. Juni

zeigt aber auch: Freiheitskämpfe verdienen nicht erst dann Respekt, wenn sie erfolgreich gewesen sind, sondern dann, wenn sie stattfinden. Deshalb sind unsere Gedanken und unsere Solidarität heute auch bei denen, die in diesen Tagen und Stunden dabei sind, für ihre Freiheit zu kämpfen, in Syrien, im Iran oder in Weißrussland, um nur einige Länder zu nennen.

Natürlich verfolgen wir die Ereignisse und Entwicklungen in der Türkei mit großer Aufmerksamkeit und besonderen Erwartungen, einem Land, das Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union führt. Im Übrigen müssen wir uns gelegentlich auch selbst kritische Fragen zu unserem Umgang mit Andersdenkenden, Minderheiten und Demonstranten stellen, jedenfalls gefallen lassen.

Auf den Zusammenhang zwischen der Volkserhebung 1953, den späteren Aufständen in Ungarn, der Tschechoslowakei und Polen und dem Fall der Mauer 1989 sowie der Wiedervereinigung unseres Landes wurde schon oft hingewiesen. Bezeichnenderweise war dieser Zusammenhang den Menschen in der DDR, die 1989 die friedliche Revolution vollbracht haben, kaum bewusst, was nicht zuletzt ein Ergebnis insoweit erfolgreicher staatlicher Propaganda war. Dass dieser Zusammenhang aber besteht, belegt die unfreiwillig komische Frage des damaligen Staatssicherheitsministers Erich Mielke im August 1989: "Bricht morgen der 17. Juni aus?" Der 17. Juni ist 1989 nicht ausgebrochen, weil die Panzer damals gottlob in den Kasernen geblieben sind. Im Sommer

und Herbst 1989 wurde aber vollendet, was 1953 mit dem Ruf des Volkes nach Freiheit begann.

Während die DDR-Propaganda den 17. Juni zum faschistischen Putschversuch herabwürdigte und tabuisierte, beschloss der Bundestag schon wenige Wochen nach dem Aufstand, den 17. Juni als Tag der Deutschen Einheit zum Gedenktag zu erheben. Wie unterschiedlich der Umgang mit dem 17. Juni im Osten und im Westen war, hat Erhard Eppler auf eine treffende Weise einmal so zusammengefasst: Die Westdeutschen haben zwar gefeiert, aber nichts riskiert. Die Ostdeutschen haben etwas riskiert, aber nichts gefeiert.

Bald 25 Jahre nach der Einheit gelingt es uns heute hoffentlich besser, den 17. Juni aus gemeinsamer Perspektive zu betrachten und zusammen zu feiern, dass die Menschen im Osten damals etwas riskiert haben. Deshalb ist der 17. Juni ein herausragendes Datum unserer Geschichte, ein Tag, der, um auf Vaclav Havel zurückzukommen, damals zwar nicht gut ausging, aber gleichwohl Sinn hatte und seine Wirkung später entfaltet hat.

Was sagt uns dieses Datum heute? Welchen Sinn hat dieser Tag für uns, die wir die Freiheiten einer Demokratie als selbstverständlich empfinden? Es ist gut, dass wir die Demokratie als Normalzustand empfinden, weil das zeigt, dass Freiheit, Selbstbestimmung und Rechtsstaat für uns normal, also die

Norm sind. Aber sie sind eben nicht selbstverständlich.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, Sie wissen und sagen auch immer öffentlich, dass das so ist. Sie haben den Aufstand vom 17. Juni 1953 als 13-Jähriger persönlich miterlebt und ihn als ein "elektrisierendes Erlebnis" beschrieben.

Was es damals bedeutete, einer Diktatur ausgeliefert zu sein, haben Sie und Ihre Familie persönlich bitter erfahren müssen. Auch deswegen können Sie über das große Thema Freiheit so überzeugend reden. Wir freuen uns, dass Sie heute aus diesem Anlass zu uns sprechen. Sie haben das Wort.

14.06.2013 - Rede zur Gedenkveranstaltung 60. Jahrestag des Aufstandes vom 17. Juni 1953 im Deutschen Bundestag

Joachim Gauck, Bundespräsident

Erinnerung kann fast alles sein. Sie kann Trost spenden, anerkennen und würdigen. Sie kann aber auch der Tarnung und Täuschung dienen, kann Hindernis statt Hebel sein, kann verdunkeln statt zu erhellen. Wenn ich mir etwas wünschen darf heute, dann ist es dies: Dass das Wissen über den 17. Juni in der DDR zum Allgemeingut aller Deutschen wird und dieser Tag damit jene Anerkennung erfährt, die ihm als Volksaufstand gebührt.

Zu meiner Freude versammeln sich in diesen Tagen überall in Deutschland viele, die damals auf die Straße gegangen sind. Einige von ihnen kann ich heute bei dieser Feier begrüßen.

Sie haben damals in Leipzig, Dresden und an vielen anderen Orten der DDR, Görlitz will ich nicht unerwähnt lassen, den Widerstand 1953 miterlebt und mitgetragen. Sie sind aus der Fabrikhalle, aus dem Hörsaal oder aus Ihrem Wohnzimmer hinaus auf die Straße gegangen, weil Sie eine gemeinsame Hoffnung teilten: die Hoffnung, dass man mit Entschlossenheit die Gesellschaft verändern kann.

Ich war damals noch ein Kind, erst dreizehn, aber ich erinnere mich sehr genau an die Welle der Euphorie, als die

Werftarbeiter in Rostock und Warnemünde streikten. Wir hatten schulfrei. Ich hing am Radio, hörte Westsender, wenn sie nicht gerade gestört waren, und ich war mir sicher: Es wird nicht weitergehen wie bisher. Jetzt beginnt eine neue Zeit! – Diese Zuversicht beflügelte damals Millionen.

Vor allem der RIAS war 1953 unsere Informationsquelle. Menschen aus dem Ostsektor berichteten von protestierenden Arbeitern auf der Stalin-Allee und von langen Demonstrationen in mehreren Stadtteilen, auch von schweren Zerstörungen und gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Zwischen Hochgefühl und tiefem Entsetzen lagen allerdings nur wenige Stunden. Acht Jahre nach Kriegsende rollten wieder Panzer durch die Berliner Straßen, wurde auf Menschen geschossen, es gab Schwerverletzte und Tote. Mit Hilfe der sowjetischen Verbündeten schlug die DDR-Regierung den Aufstand nieder.

Im Rückblick erkennen wir die Dynamik des Geschehens sehr viel klarer, können uns auf umfassende Berichte und Dokumente stützen und sind nicht mehr beschränkt auf die eigene oder eine ideologisch verzerrte Perspektive.

Heute wissen wir: Der 17. Juni war weit mehr als ein singuläres Ereignis in der Hauptstadt der DDR. In mehr als 700 Orten kam es zu Streiks, Kundgebungen, auch zur Erstürmung von SED- und Polizeigebäuden, Hunderttausende Bürger schlossen sich den Aktionen an. Es war übrigens auch kein singulärer Protest in

einer Gesellschaft der völlig Angepassten. Jahrelange Protestaktionen und Widerstand – wenn auch in geringerem Ausmaß – gingen ihm voraus. Es gab Widerstandsgruppen besonders unter Schülern in Thüringen und Sachsen. Es gab Flugblätter, Losungen an den Wänden, einen selbstgebastelten Radiosender, der 1949 im Umkreis von 40 Kilometern die Festrede von Staatspräsident Wilhelm Pieck zum 70. Geburtstag von Stalin störte. Und es gab viele Menschen, die individuell oder in kirchlichen und anderen Gruppen Widerspruch wagten oder in den Blockparteien ein eigenes, nicht völlig gleichgeschaltetes Parteiprofil zu erhalten suchten. Mehr als 900 DDR-Bürger wurden bis 1953 von den sowjetischen Militärtribunalen zum Tode verurteilt und in Moskau hingerichtet – unter ihnen mein Rostocker Landsmann Arno Esch, ein liberaler Student an unserer Universität: unschuldig, wie die allermeisten dieser Opfer. Der russische Verein MEMORIAL hat die Liste der Opfer zusammengetragen. Sollten wir diesen Menschen nicht endlich einen angemessenen Platz in unserem kollektiven Gedächtnis geben?

Wir wissen auch längst: Der 17. Juni war mehr als ein Arbeiteraufstand. Das viel zitierte Gesetz über die Normerhöhung bildete nur die Initialzündung für eine kollektive Erhebung. Seit Sommer 1952 war der sogenannte „planmäßige Aufbau des Sozialismus“ verschärft worden und hatte vor fast keiner sozialen Gruppe Halt gemacht. Auch wir Jüngsten spürten das: Denn wir Kinder wurden in den Schulen indoktriniert, größere Schüler zum Arbeitseinsatz verpflichtet oder

die Mitglieder der Jungen Gemeinde wurden von den Oberschulen relegiert, Studentenpastoren sogar verhaftet – trotz einer Verfassung, die Meinungs- und Religionsfreiheit garantierte.

Der Druck war allgegenwärtig. Das spürten die Bauern, die in Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften gezwungen werden sollten, sie spürten es ebenso wie die Handwerker und Gewerbetreibenden, die durch den Staat durch neue Steuern an den Rand ihrer Existenz gebracht wurden. Und während die Lebensmittel knapper wurden, nahm die Zahl der Haftstrafen beständig zu. Der Versuch, mit einem „Neuen Kurs“ die Bevölkerung zu beschwichtigen, kam halbherzig und er kam zu spät. Der Aufstand brauchte also keine Verschwörer oder konspirative Kräfte aus dem Westen, deren Existenz die SED später so hartnäckig behauptete. Der Aufstand entsprang vielmehr der millionenfach empfundenen Wut über Unrecht und unhaltbare Zustände – Arbeiter im Blaumann folgten ihm genauso wie Studenten, Landwirte und Hausfrauen. Die Belegschaften der großen Werke in Bitterfeld und Halle waren genauso dabei wie die Einwohner von Görlitz, die das Haus der SED-Kreisleitung und zwei Gefängnisse stürmten. Sogar einige Mitglieder der SED konnten sich dem Sog der Bewegung nicht entziehen. So geschah es damals, dass sich sogenannte Linientreue – ob aus Angst oder aus neugewonnener Überzeugung – am 17. Juni auf offener Straße ihre Parteiabzeichen von der Brust nahmen. Die Forderungen damals waren so vielfältig wie

die Fordernden, sie reichten von der Rückgabe der Normerhöhung bis hin zu freien Wahlen, von der Aufhebung der Zonengrenze und vereinzelt bis hin zu nationaler Einheit.

Der 17. Juni war ein Volksaufstand für Demokratie und Recht.

Er entwickelte eine Strahlkraft bis in den Gulag. Dort hat die Nachricht es hingeschafft über zehntausende von Kilometern. Hin zu den völlig abgeschiedenen, fast vollständig von der Außenwelt isolierten Straflagern im Ural. Auch in Workuta zündete der Funke. Menschen, die dort am Ende ihrer körperlichen Kräfte und am Ende ihrer Duldsamkeit waren, traten in den Streik. Der Lageraufstand dort wurde im Sommer 1953 brutal niedergeschlagen, doch den Überlebenden galt der 17. Juni auch danach als Zeichen des Neubeginns.

„Kollegen reiht' Euch ein. Wie wollen freie Menschen sein!“ Unter dieser Losung von damals hat die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur eine Ausstellung erarbeitet, die in vielen Orten unseres Landes Station macht. Das Begleitheft liegt auf meinem Schreibtisch. Es berührt mich, auf den Schwarz-Weiß-Aufnahmen von damals couragierte, oftmals ausnehmend fröhlich blickende Menschen, Männer und Frauen, zu erkennen – Menschen, die einmal mehr bewiesen haben: Auch Deutsche können Widerstand! Wir sehen die Hoffnung, die Unbeugsamkeit und die Zuversicht in den Gesichtern – und werden gleichzeitig schmerzvoll daran erin-

ner: So viele bezahlten ihren Mut mit großen Opfern, einige auch mit dem Leben.

Die genaue Zahl der Toten vom 17. Juni, die kennt niemand. Für die SED war der 17. Juni – genauso wie für die Führung in Moskau – ein faschistischer, vom Westen gesteuerter Putsch. Teilnehmer wurden als „Rädelsführer“ beschuldigt und standrechtlich erschossen. Sie wurden in Stasi-Gefängnissen gefoltert und als Selbstmörder ausgegeben. Sie wurden zufällig getötet oder ganz gezielt zur Abschreckung hingerichtet. Einer von ihnen, Wolfgang Röhling, nur wenig älter als ich damals, starb mit fünfzehn Jahren, weil er im Spandauer Schiffahrtskanal baden wollte. Ein vierundzwanzigjähriger Schlosser stand einen Tag nach dem Protestmarsch als Angeklagter vor einem Militärtribunal und wurde wegen „konterrevolutionärer Absichten“ zum Tode verurteilt. Wohin seine Leiche gebracht wurde, blieb bis heute ungeklärt. Sein Name wurde aus allen offiziellen Karteien getilgt – so als hätte es ihn nie gegeben. Seit 1993 ist in Jena eine Straße nach ihm benannt: Alfred Diener. 1995 wurde Diener übrigens wie die meisten der damaligen Opfer vom Generalstaatsanwalt der Russischen Föderation rehabilitiert.

Auch wenn viele Namen und Tatsachen erst seit 1990 aufgearbeitet werden konnten, gab es im Westen unseres Landes schon vorher zahlreiche Momente des Gedenkens. Millionen Westdeutsche waren schockiert über die Niederschlagung des Aufstandes, äußerten ihr Mitgefühl und ihre Solidarität mit den

Nachbarn im Osten. Schon fünf Tage nach Ausbruch des Volksaufstands benannte der Berliner Senat die Straße zwischen dem Brandenburger Tor und der Siegessäule in Straße des 17. Juni um. Und schon im August 1953 erklärte die westdeutsche Regierung den 17. Juni zum „Tag der deutschen Einheit“ und zum gesetzlichen Feiertag der Bundesrepublik Deutschland. Ost und West waren damals noch tief verbunden.

Der Bundespräsident des Jahres 2013 möchte an diesem Tag der alten Bundesrepublik von 1953, ihren Repräsentanten und Bürgern, von Herzen Dank sagen, dass das größere Deutschland den Freiheitsmut des kleineren Deutschlands aufbewahrte, ehrte und würdigte.

Später wurden Politik, Wissenschaft und Journalismus dem 17. Juni allerdings auch im Westen nur unzureichend gerecht. Nach einer Welle großer Aufmerksamkeit folgten bald Kommentare, die die Bewegung auf einen Arbeiteraufstand gegen die Normerhöhung reduzierten. In den 70er- und 80er-Jahren verweigerte sich der Zeitgeist zunehmend, einen Protest zu würdigen, der als antikommunistisch diskreditiert schien. Und Bonn suchte den Ausgleich mit Ostberlin; man wollte die Annäherung nicht erschweren. 1968 diskutierte die Große Koalition sogar die Abschaffung des Gedenktags. So wurde der 17. Juni auch im Westen zum Thema von einzelnen Engagierten, die gegen den Strom schwammen und Kritik am Kommunismus weder als konservativ noch als reaktionär verstanden wissen woll-

ten. Ihnen gebührt ausdrücklich unser Dank!

Ich bekenne ausdrücklich, dass es eine Zeit gab, in der auch ich – wie viele bürgerliche und liberale Intellektuelle in den 50er-Jahren mit einem Thomas Mann zugeschriebenen Diktum – den Antikommunismus für die Grundtorheit der Epoche hielten. Doch eigentlich konnte man es doch damals schon wissen: Es gibt zwei Arten von Antikommunismus. In der Zeit des Kalten Krieges konnte er einerseits einem Vorurteil entspringen, einem Verschwörungsdenken, einer Intoleranz oder auch einer reaktionären Arroganz: Wem der Antikommunismus als McCarthyismus begegnete, als Ausschaltung von gesellschaftskritischen Impulsen und Personen, für den hieß ein Gebot der Aufklärung: So nicht.

Aber wer nicht erkannte, dass es einen Antikommunismus gab und gibt, der entstanden ist aus Leid, der Erfahrung von Willkür und Unrecht, aus millionenfachem Tod und auch wegen der Auslöschung des mühsam gewachsenen und errungenen Demokratieprojekts, der hat das 20. Jahrhundert nicht verstanden.

Für mich und unzählige Menschen in Mittel- und Osteuropa ist dieser aufgeklärte Antikommunismus nicht nur ein Erfordernis zur Verteidigung unserer politischen Kultur, sondern – als Empathie mit den Opfern – ein Gebot des Humanismus.

In den vergangenen Jahrzehnten allerdings war uns, auch uns, den Oppositionellen in der DDR, diese Differenzierung zumeist nicht klar. Anders etwa als die polnische Opposition wollten die meisten Opponenten bei uns sich nicht als Antikommunisten verstehen. Vielleicht erklärt dies auch ein wenig die Tatsache, warum es der SED eigentlich gelingen konnte, die Erinnerung an den 17. Juni im Osten zu marginalisieren oder vielleicht gar ganz zu ersticken.

Zudem folgte auf die erste Euphorie damals der große Schrecken. Die Staatsmacht überzog das Land im Sommer 1953 mit Verhaftungswellen und Schikanen gegen Zehntausende mutmaßliche Provokateure. Nie war die Zahl der sogenannten Republikflüchtlinge so hoch wie in den Jahren nach 1953. Zurück blieben ein Klima der Angst und die lähmende Erfahrung einer Kette von Niederlagen, auch in unseren Nachbarländern. Denn alles scheiterte: der Aufstand in Ungarn 1956, die Arbeiterunruhen in Polen 1956, der Prager Frühling 1968, selbst die große bedeutende Solidarność-Bewegung in Polen 1980. Der 17. Juni wurde so in Deutschland zum kollektiven Trauma: marginalisiert, verdrängt, verschwiegen – vergessen.

Erst heute ist uns eine neue Sichtweise möglich: Kann, was wir als eine Kette von Niederlagen sahen, nicht auch als Entwicklungsprozess der mitteleuropäischen Völker hin zu Freiheit, Demokratie und Recht interpretiert werden? Und sollten wir eigentlich verschweigen, dass

Deutsche am Beginn dieser Entwicklung standen?

Am 18.06.1953 schrieb die New York Times: „Wir wissen jetzt, und die Welt weiß es, dass in dem deutschen Volk ein Mut und ein Geist leben, die die Unterdrückung nicht ewig dulden werden.“

Warum war uns, die wir 1989 aufstanden, diese Erkenntnis noch so verborgen? Warum konnten wir uns damals noch nicht in die Tradition des 17. Juni stellen und den Aufstand von Hunderttausenden als Vorbild für uns nehmen? Waren die Sehnsucht nach Demokratie und Freiheit 1989 den Motiven von 1953 nicht auffallend ähnlich? Auch mir selbst ist damals diese Analogie gar nicht in den Sinn gekommen.

Und später? Nach der Deutschen Einheit überlagerten drängendere Probleme die überfällige Aneignung des 17. Juni durch die Ostdeutschen. Und in den alten Bundesländern war er nur noch ein Thema am Rande. Der schon lange gering geschätzte offizielle Feiertag wurde mit der Wiedervereinigung abgeschafft. Kritiker hatten ihn als überholt gescholten, denn er war zur Gedenkroutine verkümmert: für die meisten Menschen ein willkommenener freier Feiertag, aber seines eigentlichen Sinns – der Feier von Freiheit – entleert. Das demokratische Ungarn hingegen erklärte den 23. Oktober, den ersten Tag des Aufstands von 1956, zu einem Nationalfeiertag.

Nötig wurde und wird also eine Annäherung aus beiden Richtungen, aus Ost wie West, an dieses historische Datum. Frei-

heit blieb für uns viel zu selten eine Größe, auf die wir uns selbstbewusst und selbstverständlich berufen wollten. Dabei hat Bundespräsident Johannes Rau schon vor zehn Jahren erklärt: „Heute wissen wir: Der 17. Juni ist einer der großen Tage deutscher Freiheitsgeschichte.“ Doch wir sind immer noch weit davon entfernt, den 17. Juni mit der gleichen Emphase zu benennen, wie die Tschechen ihren Prager Frühling oder die Polen ihre Solidarność. Auch in diesen Ländern verlor sich in Zeiten der Diktatur so mancher Traum in Enttäuschung, in Repressionen, manchmal sogar in einer Blutspur. Und trotzdem sind unsere europäischen Nachbarn voller Selbstbewusstsein, wenn sie ihre Erinnerungen an das Aufbegehren an die nächste Generation weitergeben.

Wir wollen deshalb, wenn wir heute im Parlament den Jahrestag begehen, auch den 17. Juni als Symbol der Freiheitstradition aus der „Erinnerungsreserve“ herausholen. Engagierte Bürgerinnen und Bürger schlagen zum Beispiel vor, dem Gedenktag im Sinne eines „Denktages“ mehr Raum zu geben in Schulen und Bildungseinrichtungen.

Aber die Tradition des 17. Juni zu würdigen, verlangt noch mehr. Es gilt, auch heute überall auf der Welt denen beizustehen, die sich, – obwohl diskriminiert und ausgegrenzt – mutig für Freiheit, Demokratie und Recht einsetzen. Mögen diese Verteidiger von Freiheits- und Menschenrechten auch zeitweilig unterliegen – so wie wir einst –, so sind wir ihnen, mit denen wir unsere Werte teilen, Beistand schuldig.

Wir wollen ihnen eine Stimme geben,
wenn sie am Reden gehindert werden,
und wir wollen ihnen Gehör verschaffen,
wenn sie Öffentlichkeit suchen.

Aus unserer Erinnerung erwächst also
auch eine Verpflichtung für heute. Und
wir sagen es ganz einfach: Aus unserer
Erinnerung an einst erwächst Solidarität
jetzt!

Programm

Freitag, der 18.10.2013

14.00 Uhr Begrüßung der Gäste

Grußwort der Stadt Würzburg
Grußwort der evangelischen Kirche Würzburg
Grußwort des Bayerischen Kultusministeriums

Grußworte der Kooperationspartner der Veranstaltung

14.30 Uhr Dr. Stefan Wolle

Der 17. Juni 1953 - Vorhersehbare Entwicklung oder überraschendes Ereignis

16.00 Uhr Prof. Dr. Günther Heydemann

Das Protestverhalten in Städten und Gemeinden der DDR vor und nach dem 17. Juni 1953

17.15 Uhr ABENDESSEN

18.00 Uhr Prof. Dr. Julia Obertreis

Der 17. Juni 1953 und die Frage nach der „Ruhe“ 1956 in der DDR

19.30 Uhr Dr. Wolfgang Bötsch
Dr. Jörg B. Bilke
Volkmar Halbleib
Michael Meinicke

Podiumsdebatte – Der 17. Juni 1953 – Wie kann man dieses Ereignis gesellschaftlich erinnern?

Programm

Samstag, der 19.10.2013

- | | | |
|------------------|-------------------------|---|
| 9.00 Uhr | Prof. Dr. Eckhard Jesse | War die DDR eine „deutsche“ Diktatur? Das Beispiel des 17. Juni 1953 |
| 10.15Uhr | Prof. Dr. Manfred Wilke | Der 17. Juni 1953 in der Verarbeitung der SED und des MfS |
| 11.30 Uhr | MITTAGESSEN | |
| 12.30 Uhr | Stephan Hilsberg | Der 17. Juni 1953 – Kalter Krieg und deutsche Einheit |
| 13.45 Uhr | | Präsentation der Arbeitsergebnisse der an dem Projekt teilnehmenden Schulen |
| 14.30 Uhr | Dr. Andrea Herz | Der 17. Juni 1953 innerhalb der Bildungslandschaft der beiden deutschen Staaten |
| 16.00 Uhr | | Podiumsdebatte – Der 17. Juni 1953 in der Bildungslandschaft der beiden deutschen Staaten bis 1990 |

Dr. Stefan Wolle

„Der 17. Juni 1953 - Vorhersehbare Entwicklung oder überraschendes Ereignis“



Quelle: de.wikipedia.org [11.09.2013].

Dr. Stefan Wolle ist am 22.10.1950 in Halle (Saale) geboren und Historiker wie Publizist. An der Humboldt-Universität in Berlin begann er 1971 Geschichte zu studieren. Nach seiner Relegation im Jahr 1972 aus politischen Gründen und der Arbeit im Produktionsbetrieb setzte Wolle sein Studium 1973 bis 1976 fort. Zwischen 1976 und 1989/1976 – 90 arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Akademie der Wissenschaften in der DDR. Während dieser Zeit promovierte Wolle 1984 mit einer Arbeit über die deutschsprachige Rußlandhistoriographie im 19. Jh.

1990 gründete er mit Armin Mitter den Unabhängigen Historiker-Verband und war Mitarbeiter am Staatlichen Komitee für die Auflösung des ehemaligen MfS. Im gleichen Jahr arbeitete der Historiker beim Bundesbeauftragten für die Unter-

lagen der Stasi mit. Von 1991-97 war Wolle wiss. Assistent an der HU in Berlin, von 1998-2000 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Seit 2004 hat er Lehraufträge an die Europa-Universität in Frankfurt (Oder) und seit 7 Jahren ist er Historiker als wissenschaftlicher Leiter des DDR-Museums in Berlin tätig. Stefan Wolle hat die Plakatausstellung zum 17. Juni 1953 mit dem Titel: „Wir wollen freie Menschen sein“ erarbeitet.

Literatur von ihm in Auswahl:

Wolle, Stefan: Die heile Welt der Diktatur. 4. Auflage. Berlin 2013.

Wolle, Stefan: Aufbruch nach Utopia. Alltag und Herrschaft in der DDR 1961 – 1971. Berlin 2011.

Wolle, Stefan: DDR. eine kurze Geschichte. Frankfurt 2011.

Prof. Dr. Günther Heydemann

**„Das Protestverhalten in Städten und Gemeinden der DDR vor und nach dem
17. Juni 1953“**



Quelle: gfd-berlin.de [11.09.2013].

Prof. Dr. Günther Heydemann ist am 14. März 1950 in Burghausen geboren worden und ein deutscher Historiker.

Er studierte ab 1970 Geschichte, Germanistik, Sozialkunde und Italienisch an den Universitäten in Erlangen-Nürnberg, Bonn, Pisa und Florenz und legte 1976 an der FAU Erlangen-Nürnberg das Staatsexamen ab. Zwischen 1977 und 1982 arbeitete er zunächst als wissenschaftlicher Mitarbeiter und nach seiner Promotion (1979) als Assistent an der FAU Erlangen-Nürnberg. Abschließend war Heydemann als Akademischer Rat an der Universität Bayreuth tätig, bis er im Jahr 1985 an das Deutsche Historische Institut London wechselte. Dort war er bis 1992 als Wissenschaftlicher

Mitarbeiter angestellt. Während dieser Zeit habilitierte Heydemann sich 1991 in Bayreuth. Anschließend übernahm er Lehrstuhlvertretungen an der LMU München sowie der RFWU in Bonn und arbeitete als Abteilungsleiter in der Außenstelle Potsdam des Instituts für Zeitgeschichte. Im Jahr 1993 nahm Heydemann schließlich einen Ruf auf die Professur für Neuere und Zeitgeschichte an die Universität Leipzig an. Zudem wurde er im Juli 2009 zum Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung Dresden berufen.

Literatur von ihm in Auswahl:

Heydemann, Günther: Die Innenpolitik der DDR. München 2003 (= Enzyklopädie Deutscher Geschichte, 66).

Heydemann, Günther; Jesse, Eckhard: 15 Jahre deutsche Einheit. Deutsch-deutsche Begegnungen, deutsch-deutsche Beziehungen. Berlin 2006 (= Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, 89).

Prof. Dr. Julia Obertreis

„Der 17. Juni 1953 und die Frage nach der „Ruhe“ 1956 in der DDR“



Quelle osteuropa.geschichte.uni-erlangen.de [11.09.2013].

Prof. Dr. Julia Obertreis ist 1969 geboren worden und eine deutsche Historikerin.

Von 1988 an hat sie an der Freien Universität Berlin Neue Geschichte und Slawistik studiert und 1996 mit dem Magister in Geschichte abgeschlossen. Während ihres Studiums hat sie an der Staatlichen Universität St. Petersburg Geschichte und Russische Philologie studiert.

Von 1997 bis 2001 promoviert sie bei Prof. Dr. Klaus Meyer im Fachbereich Geschichts- und Kulturwissenschaften der Freien Universität Berlin.

Zwischen 2001/02 ist sie freiberuflich tätig gewesen und hat verschiedene Oral-History-Projekte durchgeführt.

Von 2002 an ist sie am Lehrstuhl von Prof. Dr. Bernd Bonwetsch der Ruhr-Universität Bochum wissenschaftliche Mitarbeiterin gewesen, ab 2004 am Lehrstuhl für Neuere und Osteuropäische Geschichte von Prof. Dr. Dietmar Neutz wissenschaftliche Assistentin gewesen.

Im Wintersemester 2010/11 hat sie die Professur für die Geschichte Osteuropas von Herrn Prof. Dr. Karl Schlögel an der Viadrina in Frankfurt/ Oder vertreten.

Im Oktober 2011 hat sie einen Nachwuchs-Förderpreis der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. für ihre Dissertation erhalten.

Literatur von ihm in Auswahl:

Obertreis, Julia: Tränen des Sozialismus. Wohnen in Leningrad zwischen Alltag und Utopie 1917-1937. Köln/ Weimar/ Wien 2004 (= Beiträge zur Geschichte Osteuropas, 37).

Teilnehmer an der Debatte

„Der 17. Juni 1953 – Wie kann man dieses Ereignis gesellschaftlich erinnern?“



Quelle: www.tagesspiegel.de [11.09.2013].

Dr. Wolfgang Bötsch (* 8. September 1938 in Bad Kreuznach) ist ein deutscher Politiker (CSU).

Leben und Beruf

Nach dem Abitur 1958 leistete Bötsch zunächst seinen Wehrdienst bei der Luftwaffe ab. Ab 1959 absolvierte er dann ein Studium der Rechts- und Staatswissenschaften an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg und an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, welches er mit dem ersten und zweiten juristischen Staatsexamen beendete. 1970 erfolgte seine Promotion zum Dr. jur. utr. mit der Arbeit *Die verschiedenen Wege zur Ausschaltung von Splitterparteien im freien Teil Deutschlands*. Von 1968 bis 1974 war er als Stadtrechtsrat in Kitzingen tätig. Ab 1974 war

er Oberregierungsrat bei der Regierung von Unterfranken.

Zu seiner politischen Tätigkeit kamen weitere Funktionen in der Wirtschaft hinzu.

Abgeordneter

Von 1972 bis 1976 war er Mitglied im Stadtrat von Würzburg. Von 1974 bis 1976 war er dann Mitglied des Bayerischen Landtages. Von 1976 bis 2005 gehörte er dem Deutschen Bundestag an. Hier war er von 1982 bis 1989 Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Von April 1989 bis Januar 1993 war er Vorsitzender der CSU-Landesgruppe und Erster Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Von Oktober 1998 bis Oktober 2002 war er schließlich Justiziar der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Wolfgang Bötsch ist verheiratet und hat zwei Kinder, darunter die Würzburger Stadträtin Dr. Christine Bötsch (CSU).

Vorstellung der Referenten

Teilnehmer an der Debatte

„Der 17. Juni 1953 – Wie kann man dieses Ereignis gesellschaftlich erinnern?“



Quelle: www.spd-landtag.de
[11.09.2013].

Volkmar Halbleib (* 4. Juli 1964 in Ochsenfurt) ist ein bayerischer Politiker (SPD) und seit 2008 Abgeordneter des Bayerischen Landtags.

Leben und Beruf

Volkmar Halbleib besuchte von 1970 bis 1974 die Grundschule Ochsenfurt und im Anschluss das Gymnasium in Marktbreit, an dem er sein Abitur machte. Es folgte von 1984 bis 1990 ein Studium der Rechts- und Verwaltungswissenschaften an den Universitäten Würzburg und Speyer. Daneben arbeitete er mehrere Jahre als ständiger freier Mitarbeiter der Mainpost.

Nach der Hochschule absolvierte er sein Rechtsreferendariat am Oberlandesgericht in Bamberg. In den Jahren 1992/93 war er Wissenschaftlicher Assistent an der Universität Würzburg, dann 1994/95

als Assistent am Verwaltungsgericht Ansbach tätig. Am Landratsamt Bad Kissingen war er von 1995 bis 2002 als Juristischer Staatsbeamter tätig.

Politik

Volkmar Halbleib, der seit 1987 Mitglied der SPD in Bayern ist, gehörte als Beisitzer dem Landesvorstand der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik an und ist stellvertretender Vorsitzender seiner Partei in Unterfranken.

Seit dem 20. Oktober 2008 ist er Abgeordneter im Bayerischen Landtag. Dort gehört er als Mitglied dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen an. Im Oktober 2009 wurde er Vorsitzender des Arbeitskreises Haushalt der SPD-Landtagsfraktion und im Folgenden stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen. Am 8. Juni 2011 wurde Volkmar Halbleib zudem zum stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion gewählt.

Teilnehmer an der Debatte

„Der 17. Juni 1953 – Wie kann man dieses Ereignis gesellschaftlich erinnern?“



Quelle: www.bund-der-vertreiebenen-hessen.de [11.09.2013].

Dr. Jörg Bilke ist 1937 in Berlin-Moabit geboren worden. Er hat die Klassische Philologie, die Germanistik und die Geschichte an der Freien Universität in Berlin studiert und in Mainz das Studium um die Komparatistik erweitert.

Während seiner Studentenzeit in Mainz 1960/61 hat er mehrere DDR-kritische Texte verfasst. Aufgrund dieser kritischen Texte ist er am 9. September 1961 in Leipzig während der Buchmesse verhaftet und zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Im Jahre 1964 ist er schließlich freigekauft worden.

Sein Studium hat er 1965/66 in Mainz beendet und ist bis 1972 freier Mitarbeiter in Hörfunk und für Zeitungen gewesen. Seit 1972/73 ist er in Bloomington/Indiana Gastdozent für die DDR-Literatur gewesen.

Für seine Promotion, die er 1977 abgeschlossen hat, hat er sich mit dem Frühwerk von Anna Seghers auseinandergesetzt.

In seiner Zeit danach ist er Kulturredakteur der Tageszeitung WELT in Bonn gewesen, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Ost-Akademie in Lüneburg sowie Redakteur in der Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn.

2003 ist ihm das Bundesverdienstkreuz verliehen worden.

Heute ist Jörg Bilke als Zeitzeuge tätig sowie als kritischer Geist gegenüber dem Umgang mit dem Erbe der DDR.

Vorstellung der Referenten

Teilnehmer an der Debatte

„Der 17. Juni 1953 – Wie kann man dieses Ereignis gesellschaftlich erinnern?“



Quelle: <http://www.ddr-zeitzeuge.de/typo3temp/pics/db9a30e17c.jpg> [30.09.2013]

Michael Meinicke ist 1948 in Berlin geboren worden. Er hat in der DDR sein Abitur gemacht. Während seiner Zeit in der DDR hat Meinicke drei Berufe abgeschlossen; so ist er als Elektriker, als Exportkaufmann und als Verkäufer tätig gewesen.

1976 arbeitet Meinicke an der Deutschen Staatsoper Unter den Linden; zwei Jahre später flieht er nach Westberlin.

An der Freien Universität in Westberlin beginnt er ein Studium der Germanistik, der Publizistik und der Theaterwissenschaften, welches er 1985 abschließt. Danach arbeitet er unter anderem als

Sprachlehrer für ausländische Kinder sowie für die Karl-Hofer-Gesellschaft.

1994 ist Meinicke für drei Jahre Projektleiter der Umweltbibliothek in Berlin gewesen.

Er ist Vater von zwei Kindern und lebt heute als freier Autor und Journalist in Hessen.

Erfolgreich ist Meinicke durch seinen autobiographischen Roman „Ostkreuz“; daneben hat er zahlreiche Preise und Stipendien erhalten.

Prof. Dr. Eckhard Jesse

„War die DDR eine „deutsche“ Diktatur? Das Beispiel des 17. Juni 1953“



Quelle: <http://www.tu-chemnitz.de/phil/politik/pspi/jesse.php> [11.09.2013].

Prof. Dr. Eckhard Jesse (* 26. Juli 1948 in Wurzen) ist ein deutscher Politologe und Publizist.

Jesse hat von 1971 bis 1976 Politikwissenschaft und Geschichtswissenschaft an der Freien Universität Berlin studiert. In dieser Zeit ist er Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung. 1982 promoviert Jesse über das Wahlrecht der Bundesrepublik Deutschland, 1989 habilitiert er zur Thematik der streitbaren Demokratie der Bundesrepublik. Jesse ist seit 1983 verheiratet.

1978 bis 1983 war er Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Trier. Anschließend war er dort bis 1989 als Hochschulassistent tätig. Bis 1993 hat er Lehrstuhlvertretungen übernommen und ist als Auslandsdozent tätig gewesen. Seit 1993 hat er den Lehrstuhl für

politische Systeme, politische Institutionen an der TU Chemnitz inne.

Jesse ist Mitglied zahlreicher wissenschaftlicher Beiräte, z. B. der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der Gesellschaft für Deutschlandforschung, der Stiftung Ettersberg und des Kuratoriums der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung.

Jesses Forschungsschwerpunkte sind die Demokratie-, Extremismus- und Totalitarismus- sowie Wahl- und Parteienforschung, das politische System der Bundesrepublik Deutschland sowie die historischen Grundlagen der Politik.

Literatur von ihm in Auswahl:

Jesse, Eckhard: Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung. Baden-Baden 1996.

Jesse, Eckhard; Lang, Jürgen P.: DIE LINKE – eine gescheiterte Partei? München 2012.

Prof. Dr. Manfred Wilke

„Der 17. Juni 1953 in der Verarbeitung der SED und des Mfs“



Quelle: www.sed-staat.de [11.09.2013].

Prof. Dr. Manfred Wilke ist 1941 in Kassel geboren. Er studierte zunächst Soziologie und anschließend in Hamburg Pädagogik, Politische Wissenschaft und Soziologie. Mit einer Arbeit zur gewerkschaftlichen Berufs- und Jugendpolitik wurde er 1976 an der Universität in Bremen promoviert. Anschließend arbeitete er an der TU in Berlin, war zwischendurch für die GEW in Bremen tätig und habilitierte sich 1981 zum Thema „Gewerkschaften und Beruf“ an der FU in Berlin. Im Kontext seiner wissenschaftlichen Tätigkeit kam er z.B. mit Dissidenten wie Wolf Biermann in Kontakt, wurde politisch tätig und gründete mit anderen das Schutzkomitee Freiheit und Sozialismus, das sich für politische Häftlinge einsetzte. 1985 übernahm

Wilke den Lehrstuhl für Soziologie an der FHW in Berlin. Schwerpunkte seiner Forschungen waren gewerkschaftliche Themen, die Deutsche Kommunistische Partei und die Auseinandersetzung mit den Folgen der SED-Diktatur, zu der er mit anderen den Forschungsverbund SED-Staat 1992 gründete. 2006 wurde Manfred Wilke emeritiert.

Literatur von ihm in Auswahl:

Wilke, Manfred: Der SED-Staat. Geschichte und Nachwirkungen. Weimar 2006.

Wilke, Manfred; Hegedüs, András B. (Hg.): Satelliten nach Stalins Tod. 17. Juni 1953 und Ungarische Revolution 1956. Berlin 2000.

Stephan Hilsberg

„Der 17. Juni 1953 – Kalter Krieg und deutsche Einheit“



Quelle: www.dradio.de [11.09.2013].

Stephan Hilsberg (* 17. Februar 1956 in Müncheberg) ist ein deutscher Politiker (SPD) und Gründungsmitglied der Sozialdemokratischen Partei der DDR (SDP).

Er war von 2005 bis 2007 stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

Leben und Beruf

Hilsberg besuchte bis 1972 die Polytechnische Oberschule und machte anschließend bis 1974 eine Lehre zum Facharbeiter für Datenverarbeitung. Danach leistete er bis 1976 den Wehrdienst bei der Nationalen Volksarmee ab. Von 1976 bis 1989 war er als Programmierer am Institut für medizinische und Biophysik an der Charité in Berlin tätig. Neben dem Beruf absolvierte Hils-

berg ab 1985 ein Fernstudium zum Ingenieur für Informationsverarbeitung, welches er 1995 beendete.

Stephan Hilsberg ist verheiratet und hat vier Kinder.

Partei

Nachdem sich Hilsberg schon ab 1988 in kirchlichen Friedenskreisen engagierte, zählte er im Oktober 1989 zu den Gründungsmitgliedern der SDP (Sozialdemokratische Partei der DDR). Von Februar bis Juli 1990 war er Geschäftsführer der SPD der DDR.

Abgeordneter

Von März bis Oktober 1990 gehörte Hilsberg der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR an.

Ab dem 3. Oktober 1990 war er Mitglied des Deutschen Bundestages, dem er bis zum Ende der 16. Legislaturperiode im Jahr 2009 angehörte. Ab November 2004 war er Sprecher der Landesgruppe Ost sowie Mitglied des erweiterten Fraktionsvorstandes der SPD-Bundestagsfraktion. Seit 2009 gehörte er nicht mehr dem Bundestag an.

Dr. Andrea Herz

„Der 17. Juni 1953 innerhalb der Bildungslandschaft der beiden deutschen Staaten“



Foto: Haase.

Dr. Andrea Herz ist in Erfurt geboren, Diplomhistorikerin und 1990 an der Universität Jena mit einer Arbeit zu Gustav Schmoller promoviert worden. Seit 1994 arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin/ Referentin beim Thüringer Landesbeauftragten für Stasiunterlagen. Zu den Schwerpunkten ihrer Forschungstätigkeiten zählt die Regionalgeschichte Thüringens zwischen 1945 und 1990.

Seit August 2013 ist Andrea Herz wissenschaftliche Mitarbeiterin/ Referentin beim Thüringer Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur. Die Historikerin ist als Beraterin tätig, gibt die Behörden-Buchreihe heraus und veranstaltet Ausstellungen wie Bildungsprojekte; außerdem betreibt sie

eine eigene Website mit zeitgeschichtlichen Fachtexten, Veröffentlichungen und Arbeitsmaterialien zum Themenschwerpunkt.

Andrea Herz hat die Wanderausstellung „Weniger Norm, mehr Freiheit. 17. Juni 1953 in Thüringen“ konzipiert.

Literatur von ihm in Auswahl:

Herz, Andrea: Wenn Streik auch Aufstand ist. 17. Juni 1953 in Thüringen. Akteure, Jugendliche, Funktionäre, Panzer. Erfurt 2013.

Herz, Andrea: Das Jahr der Mauer. politischer Alltag in Thüringen 1961. o.O. 2011.

Herz, Andrea: Der 17. Juni 1953 in Thüringen. (Quellen zur Geschichte Thüringens, 20) Erfurt 2003.